

# Wie schaffen es neue Medikamente bis in die Apotheke?

Manche medizinischen Erkenntnisse erreichen nie die Klinik, sondern bleiben im Niemandsland zwischen Labor und Krankenbett – auf jenem von frustrierten Medikamentenentwicklern „Death Valley“ getauften Ideenfriedhof, in dem selbst geniale Entdeckungen oft spurlos verschwinden. Wie viele dort umgekommen sind, wird zwar in keinem Register erfasst, aber die Menge dürfte gigantisch sein. Denn obwohl die Lebenswissenschaften zunehmend schneller immer größere Wissensberge anhäufen, geht die Zahl der neu zugelassenen Medikamente von Jahr zu Jahr zurück. Welche Möglichkeiten es gibt, dem Todestal zu entkommen, diskutierten Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft kürzlich auf einer von der Stiftung Charité ausgerichteten Tagung in Berlin.

Dass die medizinische Forschung dem Patienten so wenig zugutekommt, liegt laut Les Mitchell von der Kaufmann Foundation, der weltweit größten Stiftung für die Förderung von Unternehmertum und Innovation, an einem unzureichenden Austausch zwischen Akademikern und Wirtschaft. Maßgeblich verantwortlich für dieses Dilemma sind demnach die Technologietransferstellen. Als Schnittstellen zur Industrie angelegt, sollten sie eigentlich das Gegenteil bewirken, bemängelte die Vizepräsidentin der Stiftung. Sie sollten den Forschern bei der wirtschaftlichen Nutzung aussichtsreicher Entdeckungen aktiv helfen, etwa bei der Gründung von Start-up-Unternehmen. Frau Mitchell unterstellte den Technologietransferstellen zwar keine Untätigkeit oder gar schlechte Absichten, verglich aber deren Leistungen mit jenen eines Schülers, der Bestnoten erzielen könnte, aber immer nur mittelmäßige Zeugnisse nach Hause bringt.

Die von der amerikanischen Unternehmerin beschriebenen Verhältnisse betreffen freilich nicht nur die Vereinigten Staaten. Hierzulande sehe die Situation keineswegs anders aus, betonte Stephan Gutzeit vom Vorstand der Stiftung Charité. Von der Unternehmerin Johanna Quandt 2005 gegründet, unterstützt die Berliner Stiftung die Wertschöpfung aus dem Innovationspotential der Charité, indem sie Forschern mit unternehmerischem Know-how und finanziellen Mitteln auf dem steinigen Weg in die Privatwirtschaft zur Seite steht. Wie auch die Mailänder Fondazione Filarete füllt sie damit eine Lücke.

Gutzeit findet, es sei an der Zeit, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Denn es mangle den Universitäten nicht an kreativen Erfindungen, meist fehlten das Geld und der Unternehmerrgeist, um die Entdeckungen in einer Start-up-Firma so weit zu bringen, dass sie von größeren Unternehmen aufgegriffen und marktreif entwickelt werden. Von sachgerechten Ausgründungen könnten schließlich auch die Universitäten profitieren, zumal sie als Patentinhaber und gelegentlich als Miteigentümer der Firmen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Wie Gutzeit einräumte, können die Technologietransferstellen diese Aufgabe kaum alleine schultern, weil sich Unternehmerrgeist nicht mit der Struktur und der Kultur einer Behörde vertrage. Üblicherweise wählen sie daher immer den gleichen Weg: Sie verkaufen die Lizenzen – meist zu günstigen Preisen – an große Firmen. Erfahrungsgemäß verfügen diese aber oft nicht über das erforderliche Know-how und seien weniger engagiert, um die noch auf einem frühen Entwicklungsstand befindlichen Entdeckun-

**Auf dem Weg durchs „Todestal“ bleiben viele medizinische Innovationen auf der Strecke. Manchmal fehlt nur das Geld, um weiter zu forschen, oft aber auch der Unternehmerrgeist.**

gen zur Marktreife zu bringen. Hätten Wissenschaftler beide Optionen, die Ausgründung und die Lizenzvergabe, könnten sie sich für die jeweils beste entscheiden, sagte Gutzeit. Eine solche Wahlmöglichkeit bedinge aber, dass die Transferstellen unternehmerisch agierende, externe Dienstleister einbinden.

Zur Entlastung der Technologietransferstellen sei gesagt, dass diese vielfach dünn besetzt sind – und das häufig mit unzureichend geschultem Personal. Ein großer Mitarbeiterstab lohnt sich freilich nur, wenn genügend Innovationspotential vorhanden ist, was auf kleine Universitäten in der Regel nicht zutrifft. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, wäre es sinn-

voll, wenn sich mehrere Universitäten auf ein gemeinsames Technologietransferzentrum einigen könnten. Darauf verwies Ulrich Mahr, Mitglied der Geschäftsleitung der Max-Planck-Innovation GmbH, in einem Gespräch mit dieser Zeitung. Wie er zugleich einräumte, scheitern solche Kooperationen zum Teil auch am Unwillen der Universitäten, sich mit der Konkurrenz an einen Tisch zu setzen.

Keine Sorgen, was die kritische Größe anbelangt, kennt die Max-Planck-Gesellschaft. Mit ihren etwa achtzig Instituten und Forschungseinrichtungen ist sie die größte Organisation für Grundlagenforschung in Deutschland, für den Technologietransfer ist ihre Max-Planck-Innovation GmbH zuständig. Sie hat seit 1990 unter anderem neunzig Ausgründungen auf den Weg gebracht und Lizenz- und Beteiligungserlöse im dreistelligen Millionenbereich erwirtschaftet. Wie Ulrich Mahr betont, verdanken sie diesen Erfolg nicht zuletzt dem großen Rückhalt in der Organisation und der geringen Fluktuation des Personals. So seien langjährige Berufserfahrung und gute, über viele Jahre aufgebaute Kontakte der Mitarbeiter zur Industrie für den Erfolg der Innovationsförderung essentiell.

Einen anderen, bislang einmaligen Innovationsweg beschreitet die im nördli-

chen Kalifornien angesiedelte Myelin Repair Foundation (MRF) des amerikanischen Unternehmers Scott Johnson. Ausschließlich über private Spenden finanziert, engagiert sich die Stiftung unter anderem auch in der Forschung. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, nach neuen Therapieansätzen gegen Multiple Sklerose zu suchen und diese bis zur Marktreife weiterzuentwickeln. Denn der Gründer und Präsident der Stiftung Johnson, der selbst mit dem unheilbaren Nervenleiden leben muss, wollte sich nicht damit abfinden, dass aussichtsreiche neue Wirkstoffe, wenn überhaupt, erst nach bis zu zwanzigjähriger Entwicklung in die Apotheken gelangen.

In Berlin definierte Scott Johnson zunächst ein Forschungsziel: die Wiederherstellung der im Krankheitsverlauf zunehmend zerstörten Nervenbahnen. Mit diesem Thema habe sich die Wissenschaft lange nur am Rande beschäftigt, so Johnson. Dank seiner Überzeugungskraft, seines Charisma und der Fördermittel großzügiger Spender gelang es ihm schließlich, die besten Forscher der Vereinigten Staaten für sein Projekt zu gewinnen. Sie besprechen täglich ihre Versuchsergebnisse und das weitere Vorgehen. Eine so enge Kooperation sei in der Wissenschaft einzigartig, glaubt Johnson. Normalerweise würden Entdeckungen so lange vor der

Fachwelt verborgen, bis sie in einem Fachjournal publiziert wurden und die Urheberchaft somit feststeht. Diese Heimlichkeit sei maßgeblich für die Verschleppung von Innovationen verantwortlich. Denn anstatt gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, arbeiteten die Wissenschaftler meist im geheimen Kämmerchen und erzeugten dabei häufig Redundanzen.

Umso erstaunlicher ist es vor diesem Hintergrund, dass Johnson die Größen der Myelinforschung und deren Universitäten für sein Projekt erwärmen konnte. Er selbst hat dafür eine einfache Erklärung: Die Zusammenarbeit sei für alle Beteiligten ein Gewinn, da die Erlöse aus dem gemeinsam entwickelten Patent gerecht verteilt werden. Und über einen Mangel an schützenswerten Erfindungen scheint er sich nicht beklagen zu können. So hat die „Accelerated Research Collaboration“ innerhalb von vier Jahren bereits 19 potentielle Therapieansätze identifiziert und 18 patentierbare Entdeckungen hervorgebracht. Mit dem Stiftungsgeld sollen diese und andere Hoffnungsträger nun rasch auf ihre Kliniktauglichkeit geprüft und durch das Todestal geschleust werden. Es wäre Johnson zu wünschen, dass sein enormes persönliches Engagement die erhofften Früchte trägt. NICOLA VON LUTTEROTTI

## Zum alten Eisen

Pensionierte und emeritierte Professoren haben keinen grundsätzlichen Anspruch auf Benutzungsrechte an Räumen, Geräten und sonstigen Arbeitsmitteln. Nach vorherrschender Übereinkunft sind Universitäten jedoch allgemein befugt, solche Rechte zu gewähren. Das geschieht in aller Regel auch, zumal wenn die Betreffenden „zum Wohle der Institution“ in Forschung und Lehre noch aktiv sind. Nicht mehr so in Göttingen, wie der ehemalige Ordinarius für Deutsche Philologie Christian Wagenknecht nun auf seiner Homepage dokumentiert. Der angesehene Gelehrte war seiner Hochschule lebenslang treu geblieben, hatte sich allerdings gelegentlich durch kritische Einlassungen unbeliebt gemacht. In seinen „Glössen“ nimmt er zudem bis heute die Kunstfehler und Allotria seiner Zunft im Stil von Karl Kraus aufs Korn.

Bis zum letzten Jahr hatte das Göttinger Institut für Germanistik acht Professoren und Dozenten im Ruhestand, darunter Wagenknecht, die Nutzung eines wenig attraktiven kleinen Raums (Nr. 331) nebst bescheidener Ausstattung gewährt. Im Juli 2009 forderte der Institutsdirektor Hartmut Bleumer den „ehemaligen Kollegen“ auf, den Raum „möglichst bis zum 31.8.“ zu räumen, da man angesichts des gewachsenen Instituts zur „Ausnutzung aller Raumressourcen“ gehalten sei. „Seien Sie sich unseres Respekts bitte sicher, der sich nicht an der Raumbelugung festmacht.“

Auf Wagenknechts Nachfrage, ob denn diese Maßnahme angesichts von zahlreichen Räumen für Arbeitsstellen oder zur „Erasmus-Beratung“ sowie von anderen vergleichsweise dünn besetzten Räumen sinnvoll sei, antwortete der Direktor schon weniger respektvoll mit Hinweis auf das „Gebäude-Management“ und den Drittmittelzuschuss, der „Raumbedarf unabdingbar macht“. Noch barscher wurde Wagenknechts Anfrage abgefragt, wie es denn nach der Vertreibung vom Altenteil mit Arbeitsmitteln bestellt sei. Im Oktober teilte ihm eine Marga Freckmann „nach Rücksprache mit dem Direktor“ per E-Mail mit, „dass es für Niemanden Toner für Zuhause gibt. Sorry.“ So ökonomisch wurde nicht durchweg verfahren. Im November erfuhr Wagenknecht von einer Astrid Ludolph wiederum per E-Mail und mit herzlichen Grüßen, dass die Festplatte seines noch funktionstüchtigen Computers „fachmännisch gelöscht wurde (die Daten können nicht wiederhergestellt werden) und der Rechner komplett entsorgt wurde“.

Nachdem sich der akribische Philologe Wagenknecht unter Hinweis auf die Formulierung „möglichst bis zum 31.8.“ nach den Argumenten für die rigide Vorgehensweise erkundigt sowie die Herausgabe des Geräts erbeten hatte, wurde ihm mitgeteilt, da er ausgeschieden sei, habe er gar keinen „Dienstcomputer oder Ähnliches“. Daher gebe es auch keine Pflicht der weitergehenden Begründung. Außerdem wurde er erbeten, die Verteilung von Anschreiben selbst zu übernehmen: „da Sie nunmehr insiziert haben, müssen wir nämlich darauf hinweisen, dass es sich um Privatschreiben handelt“. Zum Schluss der Auseinandersetzung ließ es sich der Herr Direktor immerhin nicht nehmen, dem Privatier „für Ihre Arbeitsvorhaben im neuen Jahr alles Gute“ zu wünschen. **fab**



Patentlösungen erreichen nicht immer Patentreife: Der Apothekenschrank als Stillleben der Marktreife.

Foto Yuri Shkoda

## Zeithistorie als Dampfmaschine

**Verdacht auf Immunitätslösung: Wie in Halle eine Fortbildung für Geschichtslehrer in die Mühlen der Politik geriet**

Nur wenige Monate nachdem in Leipzig zum zwanzigsten Jahrestag des 9. Oktobers 100.000 Menschen den Weg um den Innenstadtring in Gedenken abstritten, nachdem in Berlin am 9. November die Dominosteinmauer fiel, zischt der Kessel der Erinnerungspolitik gewaltig. Diesmal in Sachsen-Anhalt, denn dort rief eine Lehrerfortbildung zum „Diktaturvergleich als Methode der Extremismusforschung“ derart heftige Reaktionen und Gegenreaktionen hervor, dass das Thema die politische Bühne seit mehreren Wochen fest im Griff hat.

Als Erster hatte sich Innenstaatssekretär Rüdiger Erben (SPD) vom Tagungskonzept distanziert, da es eine Gleichsetzung der NS- und der SED-Diktaturen befürchtete. Den Mitarbeitern des Innenministeriums sowie der Stiftung der Gedenkstätten des Landes, in deren Stiftungsrat er den Vorsitz hat, verbot er daraufhin, an der Fortbildung teilzunehmen. Das erntete wütende Proteststürme aus der CDU und der FDP, die in Erben einen modernen Zensor sahen, der eine Veranstaltung, die ihm nicht passt, verhindern will. Von der anderen Seite des politischen Spektrums, von der Linken, erhielt er hingegen starken Beifall. Für sie bedeutete die Tagung schlicht eine Provokation.

Politische Strukturen im Landtag verwickelten, die Koalitionspartner CDU und SPD entzweiten sich, es bildeten sich linke und bürgerliche Lager, die sich auch während der Tagung beharrten. Allerdings nur ganz sanft, denn diejenigen, die es wirklich ernst meinten mit ihrer Abneigung gegenüber dem Fortbildungskonzept, blieben entweder ganz fern oder verharrten vor den Toren der Hallenser Gedenkstätte „Roter Ochse“. Vierzig linke Protestler, die sich über die Tagung und insbesondere über die Methode der Extre-

mismusforschung echauffierten, hatten Plakate entrollt und beschallten mit ihren Parolen die Mauern des ehemaligen NS- und SED-Gefängnisses. Eine ihrer Rednerinnen: Franziska Drohsel, Bundesvorsitzende der Jusos. Die Konturen im linken Spektrum verwischten, gegen diese Tagung waren sie irgendwie alle.

Der Einzige, der die Fortbildung rundherum abgelehnt hatte und trotzdem den „Roten Ochsen“ betrat, war Innenstaatssekretär Rüdiger Erben. Nach einem Monat Dauerbeschuss stellte er das Programm kurzerhand um und hielt anstelle eines Dienstuntergebenen vom Landesverfassungsschutz einen Vortrag über „politischen und religiösen Extremismus in Deutschland“. Die Veranstaltung sei politisch derart aufgeheizt, begründete Erben seine Entscheidung, dass er es keinem Mitarbeiter antun könne, sich in diese Diskussion zu begeben. Sein eigener Vortrag bot die schlichte Zusammenfassung des Verfassungsschutzberichtes, kein großer Erkenntnisgewinn. Aber darum ging es auch nicht. Vielmehr um Erben und seine Äußerungen, um die Tagung selber und um ihr Konzept, das beide Diktaturen auf deutschem Boden miteinander vergleichen wollte.

### Smart extrem

Als Erster meldete sich der Chemnitz-Extremismusforscher Eckhard Jesse, am Vortrag selber Referent über die vergleichende Diktaturforschung und Hauptredner der Linkspartei, nach dem Vortrag zu Wort. Seine Frage, ob Erben die harsche Haltung gegenüber der Tagung und das Verbot, das er schlussendlich wieder zurücknahm, nicht bereue, erntete Beifall aus dem Publikum. Doch Erben bereute nicht. Reue würde bedeuten, dass er gekommen sei, um Buße zu tun, aber das stimmte nicht. Die Fronten blieben verhar-

ret. Bis zuletzt hatte Erben gegen das Tagungskonzept gestritten. Der Schwerpunkt lastete zu sehr auf dem Linksextremismus, der Rechtsextremismus, den er in seinem Vortrag als die weitaus größere Gefahr einstufte, komme zu kurz weg. Jesse und der Leiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“, André Gursky, hielten dagegen. Über den Rechtsextremismus gebe es viele andere Tagungen, diesmal sollte den Lehrern die neueste Forschung über den Linksextremismus dargeboten werden.

An diesem Punkt blitzte unter der Oberfläche der polenisch geführten Debatte erstmals ihr inhaltlich substanzieller Kern hervor. Denn: Wo fängt Linksextremismus an? Welche definitorischen Umrandungen besitzt er und, noch konkreter, welche Organisationen und Parteien sind mit diesem Etikett zu bedenken? Das Tagungskonzept gab eine klare Antwort: Linksextremismus fristet sein Dasein auch unter dem breiten Deckmantel der Linkspartei. Der Vortrag des Münchener Rundfunkjournalisten Jürgen Peter Lang, gemeinsam mit Eckhard Jesse Autor des Buches „Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei“, setzte sich einzig und allein mit ihr und der in ihr verankerten Ambivalenz der Systemfrage auseinander. Um die Wogen zu glätten, war die Überschrift im Programmheft abgeändert. Lang sprach nicht mehr über die „extremistischen Positionen“, sondern über die „programmatische Ausrichtung“ der Linkspartei.

An der Grundaussage änderte das allerdings nichts. Die Partei strebe nach wie vor einen Systemwechsel an, und zwar nicht nur Sarah Wagenknecht und ihre kommunistische Plattform, sondern auch große Teile der Führungsriege. Unter Freiheit werde eher ein Kollektiv- als ein Individualrecht verstanden, und eine Besserung scheint auch nicht in Sicht: Denn zur-

zeit, so Lang, seien es eher die Realos, die die Partei verlassen, nicht die Fundis.

Die linke Seele hätte schimpfen, Dampf ablassen können gegen den Vortrag und den Vortragenden. Aber nichts von alledem geschah. Die Linken hatten die Tagung boykottiert, und niemand im Publikum sprang für sie in die Bresche.

### Extrembeirat

Das Spiel wiederholte sich beim Vortrag des ehemaligen Bundesverfassungsschützers Rudolf von Hüllen. Er referierte über die Frage, ob der orthodoxe Antifaschismus ein untaugliches Mittel gegen den Rechtsextremismus sei, und sprach eigentlich nur über den VVN/BdA, den „Verein der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“. Dessen Mitglieder hätten sich zwar als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus verdient gemacht, seien danach aber konsequent für die stalinistische Variante des Sozialismus eingetreten und gegen die Demokratie, Menschenrechte, so von Hüllen, seien nur ein nachgeordnetes Ziel.

Beifall. Ein Punkttreffer sei der Vortrag gewesen, sagte ein Mann aus dem Publikum. Wieder keine Proteste. Dabei hatte zuvor gerade dieser Vortrag die linken Gegner auf den Plan gerufen. Denn pikanterweise sitzt eben jener VVN/BdA, dem von Hüllen eindeutig linksextreme Tendenzen attestiert, auf Vorschlag der Linkspartei im Beirat der Gedenkstättenstiftung des Landes Sachsen-Anhalt. Es war diese Konstellation, die Innenstaatssekretär Rüdiger Erben erschauern ließ, als er das Programm zum ersten Mal zu Gesicht bekam und die ihn zum Mann der Attacke gegen die Fortbildung werden ließ. Als Vorsitzender des Stiftungsrates wollte er nicht zulassen, dass bei einer Lehrerfortbildung, die von der Stiftung der Gedenk-

stätten mitorganisiert wird, eine Organisation als linksextrem im Programm auftaucht, die Teil des Beirates der Stiftung ist.

Seine Kontrahenten aus dem bürgerlichen Lager hielten dagegen: Nur weil eine Organisation in einem solchen Gremium sitzt, dürfe die kritische Hinterfragung nicht abrupt aufhören, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion des Landtages Holger Stahlknecht. Das käme einer Immunitätslösung gleich, die gefährlich sei.

Eine Lehrerfortbildung über den Vergleich der NS- und der SED-Diktatur führe so zu einem handfesten Koalitionskrach. Er überlagerte jegliche inhaltliche Dimension der Tagung. Die hervorragenden Vorträge des Braunschweiger Oberstaatsanwalts Hans-Jürgen Grasemann, der die Rechtssysteme der beiden Diktaturen miteinander verglich, und des niedersächsischen Verfassungsschützers Udo Baron, der die neusten Entwicklungen der links- und rechtsautonomen Szenen in ein wechselseitiges Spannungsverhältnis setzte, verblassten vor dem politischen Schlagabtausch.

In einem Jahr sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Die Diskussion über die Lehrerfortbildung hat Grenzen verwischt und neue gezogen. Der SPD-Mann Rüdiger Erben bekam viel Beifall von der Linkspartei, sein Genosse Bernward Roth bescheinigte der SED-Nachfolgepartei während einer Diskussionsrunde, dass sie sich in den letzten Jahren im Landtag demokratisch und freiheitsliebend verhalten habe. Und so könnte der Dampf der Zeitgeschichte, der Dampf der Aufarbeitung der SED-Diktatur, in Teilen auch ein politisch inszenierter Dampf gewesen sein. Das linke Lager vereinigte sich. Gegen diese Tagung waren sie irgendwie alle. KILIAN TROTTIER

## Fließ-Preis

Ehrung für Widerstandsforscher

Die Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. hat erstmals den mit 10.000 Euro dotierten Dorothee-Fließ-Preis für Widerstandsforschung verliehen. Er wurde geteilt. Klemens von Klemperer, 1916 in Berlin geboren, Emeritus des Smith College in Massachusetts, wurde für sein Lebenswerk geehrt. Der zweite Ausgezeichnete ist Winfried Meyer, dessen Buch „Unternehmen Sieben. Eine Rettungsaktion für vom Holocaust Bedrohte aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht“ (F.A.Z. vom 30. November 1993) eine Brücke zur Stifterin bildet: Dorothee Fließ (1922 bis 2001), hatte 1942 zu einer der sieben in die Schweiz geretteten Familien gehört. **F.A.Z.**

## Präsidentenwahl

Jan-Hendrik Olbertz kandidiert

Noch ist er Kultusminister in Sachsen-Anhalt, doch am 20. April will sich Jan-Hendrik Olbertz an der Humboldt-Universität (HU) zur Wahl stellen. Der Kirchenhistoriker Christoph Marksches, seit 2006 Präsident der Berliner Universität, kandidiert nicht wieder. Der Erziehungswissenschaftler Olbertz, der großen Wert auf seine Parteilosigkeit auch nach acht Jahren im Ministeramt legt, wurde ohne Gegenstimme vom Kuratorium der HU nominiert. Olbertz hatte seine Wissenschaftlerkarriere an der Universität Halle-Wittenberg unterbrochen und nun ungerne die Leitung der Franckeschen Stiftungen aufgegeben, um vor allem das Schulsystem seines Bundeslandes zu reformieren, was ihm durchaus gelungen ist. Er gilt als erfahrener Wissenschaftsmanager, was der HU im Exzellenzwettbewerb zugute kommen dürfte. **F.A.Z.**